



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Mittelschulen stärken – Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, dass sich die bayerischen Mittelschulen auf Antrag der Schulfamilie und des Sachaufwandsträgers zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln können, mit dem Ziel, alle Bildungsgänge und Abschlüsse unter einem Dach anzubieten, etwa notwendige gesetzliche Änderungen von der Staatsregierung vorzubereiten und dem Landtag zur Abstimmung vorzulegen.

Begründung:

Die jüngste Anhörung im Landtag zu dem Thema „Situation der Mittelschule in Bayern“ hat u.a. deutlich gemacht, dass sich gerade in Stadtteilen mit hohem Migrantanteil und Eltern aus bildungsferneren Schichten die Mittelschule immer stärker zu einem Lernort entwickelt, an dem eine positive Lernumgebung immer schwieriger wird. Gleichzeitig hält der Trend an, dass die Mittelschulverbände keineswegs geeignet sind, kleinere Mittelschulstandorte im gewünschten Umfang (mindestens eine Klasse pro Jahrgang) aufrechtzuerhalten. Dazu kann auch festgestellt werden, dass der Abwärtstrend der Schülerzahlen nicht durch größere Nachfrage der Grundschulleitern gestoppt wurde, sondern durch die Beschulung von Jugendlichen mit Flucht- und Asylhintergrund, die in Bayern in der Sekundarstufe I fast ausschließlich Aufgabe der Mittelschulen ist.

Wer das gegliederte Schulsystem wirksam stützen will, muss ermöglichen, dass die Mittelschulen allen Schülerinnen und Schülern bedarfsgerechte Lernangebote machen können, die am Ende der Sekundarstufe I alle Abschlüsse und Anschlüsse beinhalten. Erfahrungen aus den anderen Bundesländern und eigene Erhebungen der Bayern-SPD-Landtagsfraktion zeigen, dass Eltern vor allem auch deshalb die Mittelschulen bei der Wahl des weiteren Schulangebots am Ende der vierten Grundschulklasse nicht in den Blick nehmen, weil es standardgemäß keine mittlere Reife in der Sprengelschule gibt. Nahezu alle Bundesländer sind deshalb den Weg gegangen, die ehemaligen Hauptschulen zu Schulen des längeren gemeinsamen Lernens, meist Gemeinschaftsschulen genannt, weiterzuentwickeln. Kennzeichen dieser Schulform ist, dass Lehrplaninhalte aus allen Bildungsgängen (Haupt-, Realschule und Gymnasium) unter einem Dach angeboten werden, die dann neben Mittelschulabschluss und Quali auch die Mittlere Reife und durch Kooperationen mit Schulen der Sekundarstufe II Abschlüsse sowohl in die duale Ausbildung, berufliche Oberschulen oder auch Oberstufen der Gymnasien ermöglichen. Auch unser Nachbarland Baden-Württemberg ist vor Jahren diesen Weg sehr erfolgreich gegangen, wie einer der Experten in der genannten Landtagsanhörung kundtat. Schon nach kurzer Zeit ist es an der beispielhaft vorgetragenen Gemeinschaftsschule gelungen, eine stabile Schülerschaft sicherzustellen, die sich in gleichem Verhältnis aus Empfehlungen für Haupt-, Realschulen und Gymnasien zusammensetzt. Damit wird auch erheblich dazu beigetragen, dass die Gesellschaft nicht weiter auseinanderdrifft.

Dass die Ermöglichung von Gemeinschaftsschulen auch Schulstandorte sichern hilft, führte der Experte aus Baden-Württemberg so aus: „Viele Standorte sind stark wachsend oder auf gutem Niveau stabil und in vielen Regionen ist mit der Einführung ein umfassendes schulisches Angebot gesichert.“